## S 12 AL 6448/97

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 13 Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Arbeitsentgeltzuschuss, Einstellung,

Probebeschäftigung, Praktikant, probeweise Beschäftigung,

Probearbeitsverhältnis, vorgeschaltete

Probebeschäftigung,

Ausgleichsabgabeverordnung, Schwerbeh inderten-Ausgleichsabgabeverordnung, vorzeitige Beschäftigung, dauerhafte Beschäftigung, Dauerarbeitsplatz,

ortsübliche Bedingungen, Eingliederungsbeihilfe

Leitsätze Unter der Einstellung, vor der nach § 8

Satz 2 SchwbAV der Antrag auf den Arbeitsentgeltzuschuss zu stellen ist, ist

nicht die Begründung einer

Probebeschäftigung zu nicht ortsüblichen Bedingungen(hier: Bruttomonatsentgelt von 800.- DM, keine fest vereinbarte

Arbeitszeit), für welche ein

Arbeitsentgeltzuschuss nicht beansprucht wird, zu verstehen; ausreichend ist, dass

der Antrag vor der anschließenden Übernahme in die unbefristete und

vollzeitige Beschäftigung zu

förderungsfähigen Bedingungen gestellt

wurde.

Normenkette SchwbG §33 Abs. 3, Abs. 2 Sätze 1 bis 3

SchwbAV § 8 Satz 2

SGB X § 45 Abs.2

1. Instanz

Aktenzeichen S 12 AL 6448/97

Datum 11.04.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 AL 2299/00

Datum 19.11.2002

#### 3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des Klägers werden das Urteil des Sozialgerichts Stuttgart vom 11. April 2000 und der Bescheid vom 31. Juli 1998 aufgehoben.

Die Beklagte hat die au̸ergerichtlichen Kosten des Klägers in beiden Rechtszù⁄₄gen zu vier Fù⁄₄nfteln zu erstatten.

#### Tatbestand:

Der KlĤger wendet sich gegen die Rücknahme der Bewilligungsentscheidung über einen Arbeitsentgeltzuschuss (AEZ) nach dem früheren Schwerbehindertengesetz (SchwbG) und die Pflicht zur Erstattung von DM 48.998.

Der KlĤger ist als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in freier Praxis mit mehreren Mitarbeitern tätig. Im August 1992 bewarb sich bei ihm der seit kurzem arbeitssuchend gemeldete W. R. (geb. 1962, im folgenden: R), der als psychisch Behinderter im Wege einer RehabilitationsmaÃ∏nahme von September 1990 bis Juni 1992 eine Umschulung zum Industriekaufmann durchlaufen hatte und danach kurze Zeit als Buchhalter beschäftigt gewesen war. Sein Betreuer war damals Sozialarbeiter K. vom Reha-Verein in W. e.V. in O. Der Betreuer machte den Kläger auf die Möglichkeiten der Bezuschussung einer Beschäftigung u.a. durch die Arbeitsverwaltung aufmerksam, verwies ihn jedoch zur konkreten Beratung an diese. Genaue Termine sind insoweit datumsmäÃ∏ig nicht festgehalten worden.

R. wurde nach spĤterer Kenntnis ab 19. Oktober 1992 als Angestellter des KIägers geführt. Er bezog für Oktober 1992 ein Bruttoentgelt von DM 320, für November 1992 ein solches von DM 800; vertragliche Vereinbarungen insbesondere über die Arbeitszeit bestanden nicht, Beiträge wurden zu allen Zweigen der Sozialversicherung abgeführt. Der Kläger versuchte zunächst zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt einen mit 30. Oktober 1992 datierten Antrag auf AEZ beim Arbeitsamt G. (ArbA) einzureichen, in welchem er ein vorgesehenes BeschĤftigungsverhĤltnis als Bürokraft oder Buchhaltergehilfe "ab Antragsgenehmigung" nannte und erklĤrte, das Gehalt werde vom Zuschuss abhängig festgelegt. Dieser Antrag wurde den Angaben des Klägers zufolge nicht angenommen, sondern wegen mangelnder VollstĤndigkeit zurļckgegeben. Am 9. November 1992 ging der ebenfalls mit 30. Oktober 1992 datierte Antrag auf Anrechnung eines Schwerbehinderten auf mehr als einen Pflichtplatz nach dem SchwbG beim ArbA ein. Der vollstĤndig ausgefļllte Antrag auf AEZ folgte am 25. November 1992 mit der Angabe, R. solle als Büroangestellter "ab Antragsgenehmigung bzw. 01.12.1993" â□□ richtig 1992 â□□ beschäftigt werden. Das monatliche Arbeitsentgelt sollte bei vollschichtiger Arbeitszeit DM 1.800 betragen. Anfang Juli 1993 wurde der im Mai 1993 unterzeichnete Anstellungsvertrag nachgereicht, wonach R. ab 1. Dezember 1992 als Praktikant

und ab 1. Juni 1993 als Büromitarbeiter beschäftigt wurde; da das ArbA die Erhöhung des Monatsgehalts von zunächst DM 1.800 erst ab letzterem Zeitpunkt mangels Ortsüblichkeit dieses Betrags beanstandete, erklärte sich der Kläger bereit, rückwirkend seit 1. Dezember 1992 den höheren Betrag von DM 2.300 zahlen. Durch Bescheid vom 10. November 1993 bewilligte das ArbA AEZ nach § 33 Abs. 3 SchwbG (Sonderprogramm des Landes Baden-Württemberg "Mehr Arbeitsplätze fþr Schwerbehinderte") i.V.m. mit der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV) fþr drei Jahre vom 1. Dezember 1992 bis 30. November 1995 in Höhe von 70 v.H. des monatlichen Bruttoentgelts von DM 2.300, also monatlich DM 1.610. Den mit der Zusage eines höheren Förderungsanteils begrþndeten Widerspruch wies der Widerspruchsausschuss beim Landesarbeitsamt durch Widerspruchsbescheid vom 27. Juni 1994 zurück; diesen griff der Kläger nicht an. Ebenso lieÃ∏ er die Ablehnung eines ebenfalls beantragten Einarbeitungszuschusses bindend werden (Bescheid vom 3. März 1993, Widerspruchsbescheid vom 22. April 1993).

Im Verlauf der BeschĤftigung stellte sich nach bereits zu Beginn befļrchteten Schwierigkeiten heraus, dass R. keine seiner Vergütung angemessene Arbeitsleistung erbringen konnte, vielmehr unter den Mitarbeitern unzumutbare Spannungen verursachte und auch zu messbaren SchĤdigungen der Praxis beitrug. Hinzu kamen lĤngere Krankheitszeiten. Nach ErschĶpfung der Entgeltfortzahlung bezog er vom 7. April bis 13. Juni 1995 und durchgĤngig ab 14. November 1995 Krankengeld. Daraufhin kündigte der KlĤger mit Schreiben vom 25. MĤrz 1996 das Arbeitsverhältnis fristgerecht ordentlich zum 30. Juni 1996. SpĤter wurde R. nochmals geringfügig beschäftigt.

Auf die entsprechende Meldung hob das ArbA durch Bescheid vom 25. Juni 1997 die Bewilligungsentscheidung mit Wirkung ab 14. November 1995 auf. Im Ã□brigen sei bei einem Ausscheiden nach der Förderungszeit für jeden Monat, der zum vollen Jahr der Weiterbeschäftigungspflicht fehle, ein Betrag in Höhe des im letzten Monat der Förderungszeit erbrachten Zuschusses zurückzuzahlen. Dies ergebe einen Betrag von DM 7.352 (fünf Monate insgesamt DM 8.050, abzÃ⅓glich DM 698 für die noch zustehende Zeit vom 1. bis 13. November 1995). Der Kläger erhob Widerspruch. Die Kündigung sei letztlich nicht wegen der unzureichenden Arbeitsleistung erfolgt, sondern wegen der zunehmenden Erkrankungen, nachdem offenkundig Vorerkrankungen verschwiegen worden seien. Es erging der zurückweisende Widerspruchsbescheid vom 18. November 1997 (per Einschreiben zugestellt am 25. November 1997). Keine der Ausnahmen von der Rückzahlungspflicht sei erfüllt. Insbesondere sei die Hauptfürsorgestelle nicht eingeschaltet worden.

Hiergegen hat der Kläger am 24. Dezember 1997 zum Sozialgericht Stuttgart (SG) Klage erhoben. Er hat geltend gemacht, R. sei bereits am 19. Oktober 1992 eingetreten, sodass die dauernde Arbeitsunfähigkeit ab 14. November 1995 nach mehr als drei Jahren begonnen habe. Im Ã□brigen hat der Kläger nochmals auf die weitgehende Nichteignung des R. verwiesen. Die rÃ⅓ckwirkende Gehaltserhöhung auf DM 2.300 sei erzwungen worden; dennoch habe es nahezu ein Jahr bis November 1993 bis zur Bewilligung gedauert. Die Schlechtleistungen des R. habe

man lange hingenommen; erst die durchgĤngige Erkrankung ab November 1995 habe zur Trennung gezwungen. Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten.

Mit Schreiben vom 26. Februar 1998 hat das ArbA den KIäger zur beabsichtigten Aufhebung der Bewilligungsentscheidung vom 10. November 1993 angehĶrt; R. sei bereits ab 19. Oktober 1992 beschĤftigt worden, wĤhrend im Antrag und Arbeitsvertrag spĤter der Beginn mit 1. Dezember 1992 angegeben worden sei. des psychosozialen Dienstes hÃxtten ihn überredet, einen Versuch als Praktikant und in Probezeit zu starten. Im ̸brigen hat er sich wiederum auf die Unzumutbarkeit einer WeiterbeschÄxftigung berufen. Durch Bescheid vom 26. MÃxrz 1998 hat das ArbA die Bewilligungsentscheidung ab 1. Dezember 1992 aufgehoben, da der Antrag erst wĤhrend der bereits laufenden BeschĤftigung gestellt worden sei. Unter Berýcksichtigung der Stellungnahme zur Anhörung und bei pflichtgemĤÄ∏er ErmessensabwĤgung lĤgen keine Gründe vor, die einen Verzicht erforderten. Es verbleibe ein Erstattungsbetrag von DM 48.998. Nachdem das Landesarbeitsamt die Ermessensausýbung fþr nicht ausreichend erachtet hatte (Weisung vom 15. Juli 1998), hat das ArbA den ersetzenden Bescheid vom 31. Juli 1998 erlassen. Es seien zumindest grob fahrlÄxssig falsche Angaben gemacht worden. Im Rahmen der Ermessensprļfung sei nicht vertretbar, dass eine Besserstellung gegenüber einem Antragsteller mit richtigen Angaben erfolge. Der von R. angeblich angerichtete Schaden werde weder dokumentiert noch nĤher beziffert. Auch sei der KlAzger wAzhrend der BeschAzftigung nicht auf die Arbeitsverwaltung zugegangen, um nach LA¶sungsmA¶glichkeiten zu suchen. Eine unbillige HÃxrte in den wirtschaftlichen Voraussetzungen sei ebenfalls nicht zu erkennen. Nachdem der Betrag von DM 7.352 aufgrund des Bescheids vom 25. Juni 1997 zurückgezahlt worden sei, verbleibe es beim Erstattungsbetrag von DM 48.998.

Im Folgenden hat der KlĤger geltend gemacht, die bei Antragstellung bereits probeweise erfolgende BeschÄxftigung des R. sei nicht nur dem psychosozialen Dienst, sondern auch dem ArbA bekannt gewesen. Die Beklagte ist weiterhin dabei verblieben, eine Ausnahmeregelung sei nicht einschlĤgig. Im Ã∏brigen habe der KIÄxger bestÄxtigt, das Merkblatt erhalten zu haben. Sozialarbeiter K. hat sich zunächst auf Anfrage des SG unter dem 7. Januar 1999 schriftlich geäuÃ∏ert, vor Antragstellung habe er an einem Gesprägch im Hause des Kläggers teilgenommen, in welchem die FĶrdermĶglichkeiten erĶrtert worden seien. Im Termin vom 20. Juli 1999 ist zunĤchst die frļhere Bedienstete Ki. des ArbA vernommen worden, die sich an Einzelheiten des Falles hat nicht mehr erinnern kA¶nnen. Sozialarbeiter K. hat als Zeuge u.a. bekundet, zum Zeitpunkt des von ihm geführten Gesprächs sei R. noch auf geringfügiger Basis oder als Praktikant tätig gewesen. Arbeitsvermittler B. hat die dienstliche ErklĤrung vom 17. September 1999 abgegeben. Der KlĤger ist zuletzt nochmals dabei verblieben, er habe jedenfalls den Antrag vom 30. Oktober 1992 unverzüglich eingesandt. Immerhin sei der gleichzeitig datierte Antrag auf Anrechnung eines Pflichtplatzes am 5. November 1992 abgesandt worden. Durch Urteil vom 11. April 2000 hat das SG die Klage abgewiesen. Es hat dies im Wesentlichen damit begründet, der Kläger habe zumindest grob fahrlÄxssig einen unrichtigen Beginn der BeschÄxftigung

angegeben. Auf die Gründe wird im Ã□brigen Bezug genommen.

Gegen das dem damaligen BevollmÄxchtigten am 5. Mai 2000 zugestellte Urteil hat der KlÄger am 5. Juni 2000 mit Telefax beim Landessozialgericht Berufung eingelegt. R. sei vor dem 1. Dezember 1992 nicht auf einem Arbeitsplatz im Sinne des SchwbG beschĤftigt gewesen. Es habe sich um eine kurzzeitige BeschÄxftigung gehandelt. Die wĶchentliche Stundenzahl von 18 Stunden sei nicht erreicht worden. R. habe noch ein Gipsbein getragen und ein eigener PC habe noch nicht zur Verfļgung gestanden. Nach alledem dürfe grobe FahrlĤssigkeit nicht vorgeworfen werden. Immerhin habe das ArbA von der vorlĤufigen BeschĤftigung gewusst. Es habe auch eine Besprechung stattgefunden. Von einem Mitnahmeeffekt könne keine Rede sein. Der soziale Zweck der Förderung sei erfüllt worden. Im Zusammenhang der Kündigung habe er â∏ der Kläger â∏ gegenüber dem psychosozialen Dienst die BeschÄxftigung eines anderen Schwerbehinderten angeboten. Auch der letzte Bescheid enthalte noch Ermessensfehler. Allein die falschen Angaben dürften nicht zum tragenden Grund werden. Letztlich sei auch das soziale Engagement zu berücksichtigen. Er sei nicht auf die Notwendigkeit der Einschaltung der HauptfÄ1/4rsorgestelle hingewiesen worden. Inzwischen habe die Staatsanwaltschaft Stuttgart ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs eingestellt (Beschluss vom 19. Januar 2001 nach ̸uÃ∏erung vom 7. Dezember 2000). Schlie̸lich sei zu berücksichtigen, dass R. ohne die Gewährung des Zuschusses nicht eingestellt worden wĤre. Die teilzeitige BeschĤftigung ab 19. Oktober 1992 sei letztlich ein blo̸es Eingliederungsverhältnis ohne wirtschaftlich verwertbare Arbeit gewesen.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Stuttgart vom 11. April 2000 und den Bescheid vom 31. Juli 1998 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie entgegnet, der Antrag sei verspĤtet gestellt worden. Der KlĤger habe R. mehr als kurzzeitig beschĤftigt. Auf den Begriff des Arbeitsplatzes komme es nicht an. Die Handlungsweise sei auch grob fahrlĤssig gewesen. Die UrsĤchlichkeit des AEZ fĽr die Einstellung sei unerheblich. Die Behinderungen des R. seien bekannt gewesen. Ein Ermessensfehler liege nicht vor.

Zur weiteren Darstellung wird auf den Inhalt der Berufungsakten, der Klageakten und der Verwaltungsakten Bezug genommen.

# Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung des KlĤgers hat in der Sache Erfolg. Der allein noch streitgegenstĤndliche Bescheid vom 31. Juli 1998, den der Senat, dem SG folgend, trotz gewisser Bedenken gemĤÄ□ <u>§ 96 Abs. 1</u> des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)

ins Verfahren einbezogen erachtet, ist aufzuheben.

Rechtsgrundlage fýr die Rücknahme eines von Anfang an rechtswidrigen Verwaltungsaktes (hier des Bewilligungsbescheids vom 10. November 1993) ist § 45 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X). GemäÃ□ Abs. 1 dieser Vorschrift darf ein begļnstigender Verwaltungsakt, soweit er rechtswidrig ist, nur unter den EinschrĤnkungen der AbsĤtze 2 bis 4 ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft oder für die Vergangenheit zurückgenommen werden. Ein rechtswidriger begĽnstigender Verwaltungsakt darf nicht zurļckgenommen werden, soweit der Begünstigte auf dem Bestand des Verwaltungsaktes vertraut hat und sein Vertrauen unter AbwÄxgung mit dem Ķffentlichen Interesse an einer Rücknahme schutzwürdig ist (Abs. 2 Satz 1). Das Vertrauen ist in der Regel schutzwýrdig, wenn der Begünstigte erbrachte Leistungen verbraucht oder eine Vermå¶gensdisposition getroffen hat, die er nicht mehr oder nur unter unzumutbaren Nachteilen rückgängig machen kann (Satz 2). Nach Satz 3 der Vorschrift kann sich der Begünstigte auf Vertrauen nicht berufen, soweit (u. a.) 2. der Verwaltungsakt auf Angaben beruht, die der Begļnstigte vorsĤtzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat, oder (3.) er die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder in Folge grober FahrlÃxssigkeit nicht kannte; grobe FahrlÃxssigkeit liegt vor, wenn der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem MaÃ∏e verletzt hat. Ein rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakt mit Dauerwirkung â∏ wie hier gegeben â∏∏ kann bis zum Ablauf von zehn Jahren nach seiner Bekanntgabe zurückgenommen werden, wenn die zitierten subjektiven Voraussetzungen erfýIlt sind (vgl. <u>§ 45 Abs. 3 Satz 3 SGB X</u>); soweit dies mit Wirkung für die Vergangenheit erfolgt, muss dies die BehĶrde innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen tun, welche die Rücknahme rechtfertigen (vgl. Abs. 4 Satz 1 und 2).

Der Bewilligungsbescheid vom 10. November 1993 ist nicht rechtswidrig. Der Kläager hat fä¼r die Beschäaftigung des R. Leistungen im Sinne vom å§ 33 Abs. 3 (i. V. m. Abs. 2 Säatze 1 bis 3) SchwbG beantragt, näamlich Arbeitsentgeltzuschuss (AEZ) aus den Mitteln, die der Beklagten aus dem Sonderprogramm des Landes Baden-Wä¼rttemberg "Mehr Arbeitspläatze fä¼r Schwerbehinderte" zugewiesen waren. Nach der auf der Ermäachtigung des å§ 33 Abs. 2 Satz 5 SchwbG beruhenden das Näahere ä¼ber Voraussetzungen, Personenkreis, Art, Hä¶he und Dauer der Leistungen sowie das Verfahren regelnden SchwbAV vom 28. Mäarz 1998, BGBl. I Seite 484 werden die Zuschä¼sse auf Antrag des Arbeitgebers erbracht (å§ 8 Satz 1 SchwbAV). Der Antrag ist vor der Einstellung zu stellen (Satz 2). In Ausnahmefäallen kann der Antrag zur Vermeidung unbilliger Häarten noch innerhalb eines Monats nach der Einstellung des Schwerbehinderten gestellt werden (Satz 3). Die Zuschä¼sse werden vom Zeitpunkt der Einstellung an erbracht (Satz 4).

Es bestehen bereits erhebliche Zweifel, ob eine Bewilligung, die in Unkenntnis einer bereits begonnenen BeschĤftigung erfolgt ist, fýr welche jedoch alle sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, als rechtswidrig erachtet werden kann. Dies muss jedenfalls dann gelten, wenn die Beklagte nicht erfolgreich zu bestreiten vermag,

die FĶrderungsleistung habe in jeder Hinsicht ihren Zweck erreicht. Das Erfordernis eines rechtzeitigen Antrags soll verhindern, dass keine vollendeten Tatsachen geschaffen sind und der LeistungstrĤger seiner Verpflichtung zur SachverhaltsaufklĤrung, Beratung und Ermessensentscheidung ordnungsgemĤÄ□ nachkommen kann (vgl. zum Recht der Rehabilitation Bundessozialgericht â□□ BSG â□□ SozR 3-5765 Nrn. 1 und 2). Hierfļr bestand vorliegend kein Hindernis. Der KlĤger beschĤftigte R. zur Zeit der Antragstellung zu Bedingungen, die (keine vereinbarte Arbeitszeit, Bruttomonatsentgelt nur DM 800) seitens der Beklagten fļr ein fĶrderungsfĤhiges ArbeitsverhĤltnis nicht akzeptiert worden wĤren. WĤre eine FĶrderung nicht erfolgt, hĤtte die BeschĤftigung angesichts der sich abzeichnenden Minderleistung des R. alsbald formlos geendet. Der KlĤger hatte damit keine vollendeten Tatsachen geschaffen; die Erzielung eines "Mitnahmeeffekts" konnte ihm nicht ernstlich vorgehalten werden.

Hiermit in Zusammenhang stehende ErwĤgungen müssen dazu führen, dass der Beginn der BeschÄxftigung des R. mit 19. Oktober 1992 schon nicht als "Einstellung" im Sinne von <u>§ 8 Satz 2 SchwbAV</u> betrachtet werden kann. Der KIäger hatte ein anerkennenswertes tatsächliches Interesse, R. auf dessen LeistungsfĤhigkeit für eine reguläre Beschäftigung zu prüfen. Dies hat er mit der formlosen ProbebeschÄxftigung zum Bruttomonatsentgelt von DM 800 verwirklicht. In Anerkennung eines solchen Interesses ist für den Fall des regelmäÃ∏ig eine unbefristete Beschäftigung fordernden Einarbeitungszuschusses nach § 49 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) entschieden worden, ein vorgeschaltetes befristetes ProbearbeitsverhĤltnis stehe der Leistung nicht entgegen, wenn die Bewilligung unter der aufschiebenden Bedingung erfolge, sodann ein unbefristetes ArbeitsverhĤltnis zu begrļnden (vgl. BSG SozR 4100 § 49 Nr. 3; Urteil vom 22. Februar 1984 â∏∏ 7 RAr 31/83 â∏∏ DBIR. 2930, AFG/§ 54). Auch vorliegend hat es sich um eine "vorgeschaltete" Probebeschäftigung gehandelt, die â∏∏ wie bereits dargelegt â∏∏ nicht unter fĶrderungsfĤhigen Bedingungen abgelaufen ist. Diesbezüglich ist auch der Einwand des KlĤgers beachtlich, diese vorgeschaltete ProbebeschĤftigung könne noch nicht als Arbeitsplatz im Sinne der Bestimmungen des SchwbG und der zu diesem erlassenen Verordnungen betrachtet werden. So ist etwa zur Eingliederungsbeihilfe entschieden worden, der Begriff des "Dauerarbeitsplatzes" sei noch nicht erfA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>llt, wenn bisher nur eine den Zweck der Leistung verfehlende vorübergehende Beschäftigung erkennbar sei (vgl. BSG, Urteil vom 23. stehende Leistung des AEZ ist ausdrücklich vorgesehen, dass sie auch erbracht werden kann bei befristeten ProbearbeitsverhÄxltnissen fýr die Dauer von bis zu sechs Monaten (§ 6 Nr. 5 SchwbAV) und bei Ã∏bernahme in ein Arbeitsverhältnis durch denselben Arbeitgeber im Anschluss an ein ProbearbeitsverhĤltnis (§ 6 Nr. 6 SchwbAV). Diese Tatbestände belegen, dass der Verordnungsgeber das schützenswerte Interesse des Arbeitgebers an einer vorgeschalteten Probezeit durchaus anerkennt. Um keine wesentlich andersartige Gestaltung hat es sich vorliegend gehandelt mit der Folge, dass die Einstellung des R. im Sinne von § 8 Satz 2 SchwbAV für eine dauerhafte und vollzeitige Beschäftigung unter ortsýblichen Bedingungen zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht gegeben war. Der Zweck der FĶrderung wurde mit dem Beginn der vollzeitigen

BeschĤftigung zum 1. Dezember 1992 erfļllt.

Nach alledem kommt es auf die Frage, ob der KlĤger bei der Antragstellung gegen seine Pflicht zur richtigen Angabe der für die Leistung erheblichen Tatsachen (vgl. § 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 SGB X i.V.m. § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch) versto̸en hat, nicht an. Im Ã∏brigen wäre darauf hinzuweisen, dass selbst im Fall der Erfüllung der objektiven und subjektiven Rücknahmevoraussetzungen die hier dargelegten Gesichtspunkte in den ersetzenden Bescheid vom 31. Juli 1998 nicht als wesentliche ErmessenserwĤgungen eingeflossen wĤren. Der Sachverhalt ist erst weit nach Ende der BeschĤftigung des R., nĤmlich bei der Einleitung des Verfahrens wegen des ursprÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nglich angefochtenen Bescheids beim SG im Dezember 1997 aufgedeckt worden. Die Rücknahme mit der Folge der Pflicht zur Erstattung des gesamten FĶrderbetrags wĤre angesichts des Zwecks der vorhergehenden Antragstellung eine offensichtlich unverhĤltnismĤÄ∏ige Sanktion. WĤre ein etwa zu beanstandendes Verhalten des Klägers zeitnah entdeckt worden, hägtten ModalitÄxten einer Beendigung der vorlÄxufigen BeschÄxftigung und einer spĤteren Neubegründung geprüft und praktiziert werden können. Auf solche rückblickend sich anbietende hypothetische Gestaltungen kommt es jedoch nach der dargelegten Auffassung des Senats nicht an.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>ŧ 193 SGG</u>. Sie berücksichtigt, dass der KIäger den Bescheid vom 25. Juni 1997 mit der nach <u>§ 10 Abs. 1 SchwbAV</u> auferlegten Rückzahlung von DM 7.352, die zutreffend berechnet ist, zuletzt nicht mehr angegriffen hat.

Erstellt am: 19.10.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024